

Zu TOP 3 Bestätigung der Tagesordnung

Keine Änderungen.
Einstimmig angenommen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 4 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 24.05.2018

Keine Einwände.
Einstimmig angenommen.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 Baubeschluss für den Neubau einer Rettungswache in Brieskow-Finkenheerd. Vorlage: 045/2018

Frau Gläsmer leitet ein und stellt den Planer, Herrn Kramer vor. Herr Kramer erläutert das Vorhaben anhand seiner Präsentation, die im wesentlichen den Anlagen zur ausführlichen Beschlussvorlage entspricht. (Auf eine Aufnahme der Präsentation zum Protokoll wird aus diesem Grund verzichtet).

Fragen:

Herr Selenz: Welche Dimension hat die Solarthermie?

Herr Kramer: Das kann ich Ihnen heute nicht sagen.

Herr Selenz: Gibt es auch eine Notstromversorgung?

Herr Kramer: Die gibt es. Wichtige Anlagen wie die Tore sind aber so beschaffen, dass sie auch rein mechanisch, ohne Strom funktionieren.

Herr Wegener: Notstrom ist z.B. auch erforderlich, um die ununterbrochene Kühlung von Medikamenten zu gewährleisten.

Frau Gläsmer: Ich würde zum Vortrag noch gerne ergänzen wollen, dass sich die Kosten - wie Sie der Druckvorlage entnehmen können - mit dem weiteren Planungsfortschritt konkretisiert haben. Die Begründung finden Sie ebenfalls in der Beschlussvorlage. Der Stellungnahme der Kämmerei ist aber zu entnehmen, dass die Bereitstellung der rund 70.000,- € Mehrkosten vorgesehen ist. Die Beauftragung der Leistung soll dann im Herbst erfolgen.

Herr Selenz: Ist es richtig, dass sich das Grundstück im Hochwassergefährdungsbereich befindet?

Herr Kramer: Theoretisch ja, wir liegen aber höher als die Lindenstraße, die sich auch im Hochwasserbereich befindet.

Herr Wegener: In Brieskow-Finkenheerd ist es wegen der Bergbauvergangenheit schwer, geeignete Grundstücke zu finden. Zum Hochwasserschutz sind aber Maßnahmen vorgesehen.

Herr Kramer: Wir liegen auch noch einmal höher, als das letzte Oderhochwasser an dieser Stelle lag.

Herr Buhrke: Beim letzten Jahrhunderthochwasser waren wir nahe dran an der derzeitigen Geländehöhe. Die Deiche drumherum wurden jedoch neu gebaut und gehen deutlich über ein hundertjähriges Hochwasser hinaus.

Wegen des früheren wilden Tagebaubetriebs sind freie Grundstücke selten. Unsere Alternativenprüfung hat nur schlechtere Möglichkeiten hervorgebracht. Durch die neue Bundesstraßen-trasse stehen wir unter einem gewissen Handlungsdruck. Auch die Mitarbeiter der Rettungswache haben ein dringendes Interesse an dem Neubau. Alternativen gäbe es sonst nur außerhalb der Gemeinde. Das geht wiederum nicht, da Hilfsfristen einzuhalten sind.

einstimmig zugestimmt

Enthaltung 1

**Zu TOP 6 Beschluss über die Beantragung des endgültigen Zuwendungsbescheides zum Breitbandausbau im Landkreis Oder-Spree
Vorlage: 050/2018**

Frau Teltewskaja erläutert die Beschlussvorlage.

Fragen:

Herr Wenzel: Wie sieht es mit dem Eigenanteil der Ämter und Gemeinden nach der Erhöhung der Gesamtkosten aus?

Herr Buhrke: Zunächst einmal muss man erläutern, dass Vectoring zwar gerade dem Stand der Technik entspricht, aber nicht zukunftsfähig ist. Wenn man den Glasfaserausbau später nachholen würde, wäre das sicher deutlich teurer. Der Nachteil aber: Der Fördermix von Bund und Land hat schon bisher auch die Kommunen beteiligt. Wegen der Erhöhung der Gesamtkosten würden automatisch auch die Eigenanteile der Kommunen steigen. Hierzu gibt es einen Kreis-tagsbeschluss, nachdem der Kreis die Eigenanteile der Kommunen übernimmt, danach wäre nach meinem Verständnis auch weiter zu verfahren. Eine weitere Frage ist, ob das Land weiterhin die Eigenanteile finanzschwacher Kommunen übernimmt. Im Ergebnis könnte das den Haushalt des Landkreises je nachdem wie dargestellt belasten.

Frau Alter: Das erinnert mich an den Autobahnbau der A12: Erst 2-spurig, jetzt bauen wir an und der Bedarf für die nächste Erweiterung ist schon jetzt absehbar. Ich kann deshalb auch nur für eine zukunftsorientierte Entscheidung werben.

Herr Tippelt: Verlängert sich der Realisierungszeitraum durch die Änderung?

Herr Buhrke: Wir gehen aufgrund der Ausschreibung vom gleichen Zeitraum aus.

Herr Selenz: Ich kann mich Frau Alter nur anschließen.

Herr Sradnik: Welche Auswirkungen ergeben sich für die Prioritätenliste? Müssen andere Bau-maßnahmen verschoben werden, weil die Investitionsmittel durch dieses Projekt gebunden werden?

Herr Buhrke: Es handelt sich hier nicht um investive Mittel, wir investieren nicht. Vielmehr wird mit dem Geld fremdes Eigentum geschaffen, es ist also ein Zuschuss.

Frau Gläser: Noch liegt kein Zuwendungsbescheid des Landes vor. Die Umsetzung der Maß-nahme hängt davon ab, dass die Gesamtfinanzierung steht. Das Gesamtpaket muss stimmen.

Frau Teltewskaja: Der "Upgrade-Antrag" beim Bund musste aus Zeitgründen bereits eingereicht werden. Das Gute ist, dass wir den Antrag kurz nach der Veröffentlichung stellen konnten und so zu den allerersten gehören. Dies war nur möglich, weil wir den Glasfaser-Komplettausbau bereits als Bedarfsposition mit ausgeschrieben hatten.

Frau Alter: Wir sollten der Beschlussvorlage vorbehaltlich der dargestellten Terminkette zustimmen.

Unterdessen ist Herr Mangelsdorf hinzugekommen.

einstimmig zugestimmt

**Zu TOP 7 Sitzungsplan 2019
 Vorlage: 037/2018**

Keine Fragen

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 8 Sonstiges

Herr Tippelt: Wie ist der aktuelle Stand bei der Berufung eines neuen, vielleicht hauptamtlichen Kreisbrandmeisters?

Herr Buhrke: Wir haben Herrn Schulze als noch einmal als ehrenamtlichen Kreisbrandmeister bestellt. Herr Schukze wird das aber mit Sicherheit nicht für immer machen wollen. Das Gesetzgebungsverfahren zum neuen Brand- und Katastrophenschutzgesetz läuft noch. Es ist nicht absehbar, wann das zum Ende kommt. Die Idee, dem Kreisbrandmeister hauptamtliche Kräfte im höheren Dienst zur Seite zu stellen, hat was für sich, scheitert aber an der erforderlichen Laufbahnbefähigung. Diese Voraussetzung erfüllt derzeit praktisch niemand. Ein hauptamtlicher Kreisbrandmeister ist aufgrund der hohen Aufgabendichte sicherlich eine Überlegung wert, allein in welcher Laufbahn, also im gehobenen oder höheren Dienst, sollte man sich überlegen.

Herr Tippelt: Die Hitzewelle fordert den ehrenamtlichen Feuerwehrmitgliedern einiges ab. Gibt es schon eine Einschätzung zu den Auswirkungen auf die freiwilligen Feuerwehren?

Herr Buhrke: Wir haben alle Brände unter Kontrolle gebracht. Dabei waren wir auch mit kreislichen Mitteln eingebunden. Man kann dem Ganzen insofern etwas gutes abgewinnen, indem man sagt, dass wir den vorbeugenden Brandschutz bei Erntemaßnahmen wieder ins Gedächtnis gerückt haben. Aber die Vielzahl an Einsätzen stellt die ehrenamtlichen Kameraden vor eine echte Herausforderung. Die Einsätze haben auch einen Nachholebedarf aufgezeigt: Gerade bei längerfristigen Lagen, quasi mit "Schichtdienst", ist es schwierig, genug Personal bereit zu stellen. Die Führungsstrukturen haben sich dagegen bewehrt. Hier hatte sich ja zuletzt gezeigt, dass Einsatzlagen mit Flächenbezug wie beim Sturm "Xavier" die Strukturen und Meldewege an ihre Grenzen bringen. Ob die Kommunikation funktionierte, hing vom Zufall ab. Die Rettungsleitstelle hat ja die Aufgabe, die Einsätze zu koordinieren und priorisieren. Wenn die Meldewege aber verstopft sind durch viele gleichzeitige Anrufe etc., kann diese Priorisierung nicht stattfinden, da die Technik das nicht mehr hergibt. Wir haben daher die technische Ausstattung der Ortswehren diesbezüglich in den Blick genommen.

Hinsichtlich der personellen Ausstattung werden wir so schnell wohl keine Verbesserung erwarten können, auch nicht durch die viel diskutierte Dienstpfllicht. Insofern sollten wir alle den aktiven Kameraden unseren Dank zukommen lassen.

Herr Noppe: Was ich richtig schlecht fand, war die "Aktion Hitzefrei" in der Verwaltung. Das kann man draußen keinem Menschen erklären. Und dann noch die Begründung "die Wartebereiche sind zu warm"!

Zunächst muss man feststellen, dass nicht alles so ist, wie es berichtet wird. Die Mitarbeiter haben die Freizeit mit ihren eigenen Überstunden bezahlt. Vereinbarte Termine wurden eingehalten und es wurde auch Entlastung angeboten. In den Bereichen, wo es erforderlich war, etwa beim Jobcenter, war auch eine Notfallbesetzung eingerichtet. Unterm Strich haben wir bei unseren relativ langen und komfortablen Öffnungszeiten für zwei Tage das gemacht, was in anderen Verwaltungen, flächendeckend, immer gilt. Insofern konnte man das in der Gesamtabwägung zugunster der Mitarbeiter so entscheiden. Wir haben auch Gebäude, die sich sehr aufheizen, z.B. das Straßenverkehrsamt. Bürger, die dort kommen, haben auch die Möglichkeit, nach ihrer Erledigung wieder zu gehen. Die Mitarbeiter sitzen da für zehn Stunden bei Temperaturen von über 40 Grad! Wir hatten keine andere technischen Möglichkeiten, das anders abzudecken. Wir hoffen, dass wir im kommenden Jahr technisch so ausgestattet sind, mit Verschattungsanlagen usw., dass wir auch ohne eine solche Maßnahme auskommen.

Herr Gehm: Da der Landrat nicht da war habe ich als Zweiter diese Entscheidung mitgetroffen. Ich glaube, dass man unter den extremen Bedingungen dieses Jahr, auch aus Fürsorgegesichtspunkten für die Mitarbeiter so entscheiden konnte. Ich hoffe, dass wir in den nächsten Jahren besser auf solche Ereignisse vorbereitet sind. Wir haben uns in der Verwaltungsleitung auch schon verständigt, wie wir damit umgehen werden. Man muss aber auch sehen, dass wir hier in einer zeitkritischen Situation entscheiden mussten, um die betroffenen Bürger auch noch rechtzeitig über die geänderten Öffnungszeiten informieren zu können.

Herr Rose: Ich war selber nicht da, habe mich aber durch meine Mitarbeiter informieren lassen. Wir bieten jeden Tag in der Woche Sprechzeiten an, das ist eine Besonderheit im Amt für Straßenverkehr und Ordnung. Es lässt sich bei solchen Temperaturen auch nicht arbeiten. Natürlich kommen immer auch Bürger, die unzufrieden sind, aber der Großteil geht zufrieden raus. Wir haben eine durchschnittliche Wartezeit von ca. 30 Minuten. In Berlin wartet man schon 6 Wochen auf einen Termin. Bei mir hat sich niemand beschwert. Ich habe es in der MOZ gelesen, das war's.

Frau Alter: Jetzt ist mir noch was zum ersten Tagesordnungspunkt eingefallen. Wird sich durch die Investitionen auch die Geruchsbelästigung für die Menschen in Beeskow verringern?

Herr Schur: Wir installieren auch eine neue Abluftreinigungsanlage, dadurch kann man davon ausgehen, dass sich die Situation verbessert.

Frau Alter: Das ist auch eine Erwartung der Bürger!

zur Kenntnis genommen

gez.

Dr. Eberhard Sradnick

Vorsitzender des
Ausschusses für Ordnung,
Recht, Landwirtschaft und
Wirtschaft

gez.

Sascha Gehm

Protokollant